# permanente revolution

FÜR DEN WIEDERAUFBAU DER IV.INTERNATIONALE !

Zentralorgan der INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN LIGA (IKL)

Nr.10 / Oktober 1977 / Preis S 3.- / DM 0.40





# Aktive Solidarität mit der BRD-Linken!

## Russell-Tribunal und Anti-Repressionsarbeit

Gerade die Zuspitzung der politischen Entwicklung in der BRD, die durch die panische Verabschiedung einer Reihe von Gesetzen, welche den Abbau demokratischer Rechte beschleunigen, sowie das durch das hysterische Klima der Jagd nach allem Fortschrittlichen belegt ist, macht es mehr als notwendig zu den Fragen des Kampfes gegen diese Entwicklung Stellung zu nehmen. Die aktive Solidarität mit der Linken in der BRD, deren Verfolgung an Ausmaß ständig zunimmt,steht im Mittelpunkt der Aufgaben jeder linken Organisation und Strömung und genau an deren Aussagen und Taten zu dieser Aufgabe ist jede Organisation und Strömung zu messen.

Mit dem erklärten Willen der Russell-Foundation, ein Tribunal über die staatliche Repression in der BRD durchzuführen, ist die Diskussion über diese Fragen auch in Österreich aufgegriffen worden und hat sich darüberhinaus der Ansatz eines Unterstützungskomitees gebildet, das jedoch schon von Beginn an stets die Differenzen in sich trug, die im Falle der Unterstützungsbewegung in der BRD sehr schnell und konsequent durchbrachen. Die Schwäche und politische Unreife weiter Teile der Linken dieses Landes trug auch dazu bei, daß diese Differenzen kaum öffentlich ausgetragen wurden (wenn überhaupt) und in die Sache bald der Sand des 'Wiener Schlendrians' kam, so daß wir heute vor einer Situation stehen, in der die Frage lautet: Inwieweit sind FÖJ,GRM überhaupt noch bereit an der Initiative teilzunehmen? Man kann sich des Eindrucks kaum erwehren, daß ihnen eine 'österreichische Lösung' des Problems (sprich: Des Unterstützungskomitees) am angenehmsten wäre, nämlich das Ganze wieder sanft entschlummern zu lassen. Noch dazu, wo mittlerweile jeder der von staatlicher Repression in der BRD auch nur spricht, schnell in das 'Sympathisantenfeld' gerät. Dazu muß noch gesagt werden, daß die GRM de facto nie mitgearbeitet hat, es sei denn, man versteht unter Mitarbeit die Anwesenheit eines Vertreters, der einmal ein Papier (dazu weiter unten) an die Sekretäre verteilte, was allerdings etwas gewagt wäre.

Schon die erste Erfahrung des Unterstützungskomitees beweist, daß weite Teile der Linken dieses Landes, die Aufgaben der Verteidigung gegen die staatliche Repression nicht einmal sieht.

Das dabei auch die Koordination der Abwehr von Repression in Österreich selbst kaum Beachtung findet, wundert nicht weiter angesichts der Gleichgültigkeit den konkreten Aufgaben der BRD-Linken gegenüber, wobei das eine vom anderen nicht zu trennen ist. Nicht zuletzt wurde dies im Falle der Auseinandersetzungen mit der faschistischen ANR deutlich - wenngleich es sich hier natürlich nicht um staatliche Repression handelte. Wenn etwa die GRM heute schreibt, daß die Bereitschaft ein Schutzbündnis gegen die ANR zu schaffen, ein Lippenbekenntnis blieb, dann kann man dies - je nach Belieben - als Scherz oder als Selbstkritik auffassen.

Für uns stellt sich die Anti-Repressionsarbeit - auch wenn die Situation in Österreich nicht mit der in der BRD zu vergleichen ist - nicht auf der Ebene der Moral, der abstrakten Solidarität, sondern als praktische Aufgabe, um den Angriffen des bürgerlichen Staates die Kraft der gesamten Linken entgegenzustellen (wir haben z.B. versucht gemeinsam mit der SOAK eine Initiative in diese Richtung zu starten, die völlig ignoriert wurde)und um im Kampf gegen den Abbau demokratischer Rechte ein breites Bündnis zu erzwingen!

Unsere Organisation hat mit einigen Unterbrechungen (die durch eine interne Situation erzwungen waren), von Beginn an in der österreichischen Unterstützungsbewegung mitgearbeitet. Unser Fehler bestand darin, nicht früh genug offen aufzutreten, d.h. die Politik von Teilen der FÖJ

und die der GRM zu dulden, die darin besteht, hinter den Kulissen Papiere weiterzureichen, de facto ein Einschlummern des Ganzen herbeizuführen, um dann in der Zeitung (so etwa in der 'rotfront') die Russell-Initiative gutzuheißen und zu 'unterstützen'.

Wir wollen mit diesem Artikel auf die Probleme eingehen, die aus der Mitarbeit in der Unterstützungsbewegung erwachsen, die Entwicklung der Bewegung in der BRD selbst beleuchten, sowie nicht zuletzt offen auf das Papier des 'GRM-Mitarbeiters' in der österreichischen Bewegung antworten.

## RUSSELL-INITIATIVE UND ANTI-REPRESSIONS-ARBEIT

Die Initiative, eine internationale Kampagne gegen das 'Modell Deutschland' durchzuführen, ging von der französischen PSU aus, wobei diese ausdrücklich betonte, daß es notwendig ist, sämtliche Aspekte der Repression aufzuzeigen und zu behandeln. Dies festzuhalten ist gerade in Erinnerung an verschiedene internationale sozialdemokratische 'Komitees' gegen die Berufsverbote notwendig, deren Funktion in einer Reinwaschung der SPD bestanden ("Es gibt keine Berufsverbote"). Die Russell-Foundation - die natürlich eine liberale Institution ist - zeigte sich bereit, ein Tribunal über die 'Repression in der BRD' durchzuführen, wobei bemerkenswert ist, daß sich dieser Anspruch - unter dem Druck bestimmter politischer Kräfte (dazu weiter unten) - wandelte. Sehr bald sprach die Foundation von einem Tribunal über 'die Berufsverbote' und von einem 'Tribunal über Aspekte der Repression'. Diese begriffliche Wandlung war und ist alles andere als Zufall, denn sie vollzog sich vor dem Hintergrund stattfindender Auseinandersetzungen in der Unterstützungsbewegung in der BRD selbst.

Bei dieser Auseinandersetzung ging es um die Frage, wie ein möglichst breites Bündnis gegen den Abbau demokratischer Rechte herzustellensei, d.h., wie eine solche Initiative, die ja zuerst von der Linken aufgegriffen wurde, ausgedehnt werden kann auf Sozialdemokraten, Stalinisten und sogenannte 'liberale Persönlichkeiten'.

Prinzipiell gehen Marxisten davon aus, daß die Abwehr (und die Linke in der BRD befindet sich heute - isoliert von der Arbeiterklasse - in der Defensive) des Abbaus demokratischer Rechte auch mit Kräften geschehen kann, die sich nicht ausdrücklich auf die Arbeiterklasse berufen. Völlig anders ist die Situation im Falle von reformistischen Parteien, die aktiv an diesem Abbau demokratischer Rechte beteiligt sind. Nur ein hoffnungsloser Narr würde heute der SPD ein Anti-REpressionsbündnis vorschlagen, einer Partei - die zwar Teil der Arbeiterbewegung ist -, die heute für die Durchführung der entscheidenden reaktionären Maßnahmen verantwortlich ist. Aber zurück zu den sogenannten 'liberalen Persönlichkeiten'. Es wäre völlig falsch von ihnen zu verlangen, daß sie bestimmte politische Aussagen und Einschätzungen der Linken inhaltlich teilen müssen, um an solch einem Bündnis teilnehmen zu können (wobei ja auch bei einem Bündnis der Linken selbst keineswegs politisch-inhaltliche Übereinstimmung zur Grundlage gemacht werden kann). Voraussetzung für eine solche Zusammenarbeit ist in jedem Falle der Wille, aktiv gegen die Repression zu kämpfen. Anders ausgedrückt: Von den 'Liberalen' wird nicht verlangt, daß sie marxistische Positionen zum Staat übernehmen, aber andererseits werden Marxisten auch nicht dem Druck dieser Kräfte nach einer politischen Reduzierung der Inhalte nachgeben. Das Bündnis mit 'demokratischen Kräften' war und ist für Marxisten kein Dogma und kein Allheilmittel. Nichtzuletzt ist das Zustandekommen eines solchen Bündnisses mit der 'demokratischen Öffentlichkeit' an die Klarheit der Linken, an ihre Fähigkeit Druck auszuüben, gebunden. Dies wird gerade in einem antikommunistischen Klima, wie dem in der BRD vorherrschenden, notwendig, wo der 'Preis' für das Zustandekommen eines derartigen Bündnisses zumeist mit den Aufgebendes politischen Anspruches bezahlt wird. Marxisten gehen aber nie 'demokratische Bündnisse' ein, sondern u.U. Bündnisse mit Demokraten. Ein feiner, aber wesentlicher Unterschied.

AN DIE LESER:

Die 1. Konferenz der IKL (die Resolution dieser Konferenz erscheint in der Sondernummer 3 der 'permanenten revolution', im Dezember 1977), hat im September beschlossen, das Zentralorgan der IKL technisch und vom Konzept her umzustellen. Die vor Monaten erfolgte Umstellung auf A3-Format und stärkeren Umfang, war zwar ein Erfolg, aber es zeigte sich bald deutlich, daß diese Umstellung und die damit zusammenhängende Mehrarbeit nicht der politischen und quantitativen Entwicklung unserer Organisation entsprach. So mußte zwangsläufig die notwendige Intervention und die programmatische Arbeit der IKL darunter leiden.
Die Zeitung wird von nun an gänzlich von uns hergestellt, auf ein Zwischenformat (größer als A4) gedruckt, wird einen Umfang zwischen 1o und 14 Seiten haben und monatlich erscheinen, was die 'permanente revolution' zu einem Organ der IKL machen wird, mit dem wir relativ rasch auf aktuelle Entwicklungen reagieren können. Jede Ausgabe wird einen oder zwei zentrale Artikel enthalten und daneben noch aktuelle Berichte und Polemiken bringen.

Die Herausgabe der Sondernummern wird im Dezember 1977 mit der Nr. 3 abgeschlossen, da wir ab dem Jänner 1978 ein gemeinsames Theoretisches Organ mit dem deutschen Spartacusbund herausgeben werden. Über die neuen Abo-Bedingungen siehe Kasten auf Seite 12.

Die Redaktion.

Die unbestreitbare Tatsache, daß die Russell-Foundation eine liberale Einrichtung ist, bedeutet nicht, daß die Linke, wenn sie mit dieser Foundation zusammenarbeitet allein liberale Grundsätze verteidigt und propagiert. Es bedeutet vielmehr, den Ansatzpunkt zu nützen, um eigene Inhalte und eigene Methoden - auch während der praktischen Zusammenarbeit - zu propagieren. D.h. Zusammenarbeit bedeutet in keinem Falle und von keiner Seite Reduzierung des politischen Inhalts. Die Russell-Initiative steht so nicht neben dem eigentlichen Ziel der Schaffung eines Anti-Repressionsbündnisses der Linken, sondern ist Bestandteil und Ansatzpunkt.
"Auch wird man von uns nicht verlangen können, daß wir in unserer Arbeit Appelle an die Regierung unterstützen, doch bitte die Menschenrechte in der BRD gelten zu lassen. Als Kommunisten werden wir mit der Bourgeoisie nie einer Meinung sein, was Menschenrechte sind und was nicht. Wir gehen davon aus, daß es uns nur im Kampf gelingen wird, die Bourgeoisie davon zu überzeugen, d.h. zu zwingen, diese Rechte relativ zu achten. Eine bürgerliche Regierung als Hüter der Menschenrechte ist in unseren Augen einfach lächerlich! Aber diese Erkenntnis an der Garderobe zum Unterstützungskomitee abzugeben, hieße von uns zu verlangen, keine Kommunisten zu sein". (spartacus, Nr. 38)

Die Grenzen, die sich die Russell-Foundation selbst setzt, können also nicht akzeptiert werden, selbst wenn die Möglichkeit besteht, daß die Foundation sich von der Unterstützungsbewegung distanziert.

In ihrer Zeitung 'was tun'vom 3o.6.77 ('Russell-Tribunal - Nochmal - worum es wirklich geht') zeigt die GIM (die deutsche Schwesterorganisation der GRM) deutlich ihr falsches Herangehen an diese Fragen auf. Vor allem dem 'Kommunistischen Bund' wird vorgeworfen, er verfolge "seine politischen Ziele nicht in eigenen Initiativen, sondern formuliert sie als Aufgabe des Tribunals" Kernpunkt der 'Anklage' gegen den KB ist der Vorwurf, dieser sehe in der Unterstützungsbewegung die Möglichkeit der Schaffung eines linken 'Antirepressionsbündnisses', welches alle Aspekte der Repression aufzeigt und bekämpft. Was an der an die Foundation, sowie an die sonstige 'demokratische Öffentlichkeit' gerichtete Forderung, alle Aspekte der Repression zu behandeln, falsch sein soll, verschweigt uns die GIM. Dazu kann sie letztlich nur die 'Entscheidung der Foundation' zitieren und 'vergißt' dabei bloß, daß diese nicht unabhängig von der Unterstützungsbewegung existiert, d.h. daß die Notwendigkeit und Möglichkeit besteht, Einfluß auf derartige Entscheidungen zu nehmen.

"Dazu erklären wir: Es geht um die Unterstützung eines Tribunals, das wir nicht selbst durchführen können und das seine öffentliche Wirksamkeit gerade daraus bezieht, daß es keine Aktion der radikalen Linken, sondern eine unabhängige, an den Menschenrechten orientierte Initiative einer humanitären Stiftung ist. Wir bestimmen also hier nicht die Bedingungen eines Tribunals, sondern wir unterstützen die Absicht der Foundation, ein solches Tribunal einzusetzen, in der Form, in der sie diese Absicht äußert". (Was tun, Seite 4)

Hier wird einfach alles verwischt. Zum ersten ist es natürlich klar, daß wir (die Linke in der BRD und in Österreich) die Foundation nicht 'zwingen' können, das Tribunal in der von uns angestrebten Form durchzuführen. Zum zweiten aber ist die Tatsache gegeben, daß die Bereitschaft der Foundation zur Durchführung eines solchen Tribunals fast ausschließlich von den Hauptbetroffenen der Repression, eben der Linken aufgegriffen wurde. Diese Fakten werden und müssen sich auf den Charakter der Unterstützungsbewegung auswirken und bestimmen den Druck und Einfluß, der auf die Foundation auszuüben ist. Es wäre der Gipfel an politischer Scharlatanerie und hieße eine große Chance ungenützt lassen, wenn die linke Unterstützungsbewegung zugunsten der Teilnahme einiger 'demokratischer Persönlichkeiten' die Arbeit inhaltlich beschneidet und die BRD-Regierung ermahnt, sie möge doch die 'Menschenrechte' achten.

Natürlich geht es nicht darum, die Foundation zu einem linken Kampfbündnis 'umzufunktionieren'. Aber es geht genau darum, die Existenz der breiten Unterstützungsbewegung zu nützen, um Inhalte und Möglichkeiten des Kampfes gegen die Repression zu diskutieren, um erste Mobilisierungen zu starten usw. In der Hoffnung, daß plötzlich ein 'Liberaler' zur Tür hereinkommt, 'vergißt' die GIM auf die wesentlichen Aufgaben und ist von 18-2o Uhr 'liberal' und von 2o-22 Uhr 'trotzkistisch'. Als blanke Demagogie kann man das 'Argument' der GIM bezeichnen, wonach die Aufnahme aller Aspekte der Repression eine politische Übereinstimmung zur Voraussetzung haben müßte.
"Wir haben bereits gesehen, daß der KB etwas anderes will als ein Russell-Tribunal. Er will eine Verurteilung der Unterdrückung, die umfassend die bürgerliche Gesellschaft kennzeichnet.

Das bedeutet erstens, der Schwerpunkt wird auf die politische Einschätzung des Abbaus demokratischer Rechte gelegt, statt auf gemeinsame Abwehr konkreter Bedrohung....Das bedeutet zwei-

SOEBEN ERSCHIENEN!

SONDERNUMMER 2 DER 'PERMANENTEN REVOLUTION':
REPRESSION - RAF - MARXISMUS

PREIS: S 1o.-/DM 1.5o

BESTELLUNGEN AN: IKL, POSTFACH 1454 1o1o WIEN

tens: es wird praktisch bestritten, daß es mit Liberalen und Sozialdemokraten trotz ihrer anderen Haltung zum Grundgesetz und ohne gemeinsame 'Imperialismusanalyse' ein gemeinsames Interesse in der Verteidigung demokratischer Rechte geben kann".
(Was tun, Seite 5)

Die Behandlung sämtlicher Aspekte der Repression, wird weder eine breite inhaltliche Übereinstimmung schaffen, noch hat sie eine solche zur Voraussetzung. Hier wird Arbeit und Ergebnis gleichgesetzt. Die GIM, das 'Sozialistische Büro' und die GRM in Österreich 'begreifen' nicht, daß Diskussion, Mobilisierung und das Aufzeigen von Fällen, Sammeln von Materialien usw. einander weder behindern, noch widersprechen. Im Rahmen eines solchen Unterstützungskomitees soll und muß natürlich die These des KB von der 'Faschisierung' behandelt werden. Wir glauben nicht, daß dabei in kurzer Zeit die Differenzen positiv aufgehoben werden können, aber dies ist einer praktischen Abwehr der Repression nicht hinderlich.

"Unsere Forderung nach einer generellen Anklage der Verhältnisse in der BRD ist nicht zu verwechseln mit einer umfassenden Imperialismusanalyse, wie uns dies demagogisch von der GIM unterstellt wird. Jedoch muß eine Einschränkung der Untersuchungen auf nur wenige Punkte zu einer Beschönigung der Faschisierung führen, da einzelne 'Verstöße gegen die Menschenrechte', als Ausrutscher einer an sich intakten bürgerlichen Demokratie interpretiert werden können. Daß dies im Interesse der SPD und damit auch der Juso-Führung liegt, sollte innerhalb der Linken unbestritten sein". ('Arbeiterkampf'114, Seite 56)

Wenn schon das Unterstützungskomitee in der BRD inhaltlich beschnitten werden soll, welche Funktion hätten dann eigentlich Unterstützungskomitees in anderen Ländern? Ausschließlich die Propagierung des Tribunals, die Durchführung von Veranstaltungen, die Übernahme des Faktenmaterials aus der BRD (denn daß die Genossen dort, besser Material über die Berufsverbote sammeln können, ist wohl einsichtig)?

Wir glauben, daß eine solche Beschränkung auf die moralische Unterstützung (nach dem Willen von FÖJ und GRM am besten von einem 'Persönlichkeitenkomitee' garantiert) zum ersten wenig Wirkung zeigen wird, da in Österreich sogar die Sozialdemokratie Kritik an den Berufsverboten geäußert hat und damit zum zweiten, objektiv die Funktion hätte, von der Repression in Österreich selbst (die natürlich nicht mit der in der BRD zu vergleichen ist) abzulenken. Die SPÖ bekäme einen 'Persil-Schein' ausgestellt, denn sie hat weder im öffentlichen Dienst, noch in den Gewerkschaften einen 'Radikalenerlaß' durchgesetzt. Aber gibt es in diesem 'unseren' Land etwa nicht die Repression gegen die Slowenen, gibt es hier keine politischen Prozesse, gibt es hier nicht den politischen Häftling Waltraud Boock? Wenn uns r.l. von der GRM (der Verfasser des nur für die Sekretäre bestimmten Papiers) nun sagt, daß dies zwei Ebenen seien (Russell-Initiative und Kampf gegen die REpression in Österreich), dann antworten wir ihm, daß das Faktum wohl ziemlich einsichtig ist, daß diejenigen, die bereit sind aktiv solidarisch mit der BRD-Linken zu sein, auch diejenigen sind, die bereit sind (am ehesten bereit sind), auch gegen die Repression hierzulande aktiv zu werden. Um es klar zu sagen: Uns geht es nicht darum, daß der "Wurstel" Nenning (einer der wenigen Fälle, wo Kreisky zuzustimmen ist) ein Dokument gegen die Berufsverbote unterzeichnet. Uns geht es darum, daß zwischen den einzelnen Organisationen, in den Basis-Gruppen, in der LiLi eine Diskussion und Arbeit zur Repression in der BRD und in Österreich durchgeführt wird, daß diese Diskussion in die Gewerkschaftsjugend, in die Sozialistische Jugend getragen wird usw. Und das - nicht zuletzt - erste Ansätze zu Mobilisierungen gesetzt werden. Das wir dazu keine umfassende 'Imperialismusanalyse' mit der GRM erstellen müssen, wird wohl sogar r.l. verstehen.

## DIE ENTWICKLUNG IN DER BRD...

Zwei 'Argumente' konnten die rechten Kräfte der Unterstützungsbewegung für eine inhaltliche Beschränkung der Arbeit ins Treffen führen. Erstens den Willen der Foundation, was ein ziemlich hohles Argument ist, denn dieser 'Wille' wandelte sich schon unter dem Druck dieser rechten Kräfte, womit die Vermutung naheliegt, daß es sich eher um den Willen der GIM und des 'Sozialistischen Büros' handeln dürfte und zweitens, daß eine Unterstützungsbewegung aus dem 'linken Ghetto' ausbrechen müßte (als ob sich jemand freiwillig in dieses 'Ghetto' begeben hätte) und zu diesem Zweck auch Sozialdemokraten und die DKP zur Mitarbeit gewonnen werden müßte. Und darum - so die Rechten - müssen z.B. die Unvereinbarkeitsbeschlüsse in den Gewerkschaften herausgehalten werden.

Hier ist einzig die Aussage richtg, daß es notwendig ist, zu versuchen, Teile der SPD (Jusos, Falken) und der DKP für die Unterstützungsbewe-

SCHRIFTEN ZUM PROGRAMM

NEBEN DEM ÜBERGANGSPROGRAMM VON 1938 ENTHALT DIESES BUCH TEXTE, DIE VON UNS UBERSETZT WURDEN UND JETZT DAS ERSTE MAL IN DEUTSCHER SPRACHE ERSCHEINEN:

- DISKUSSIONEN UBER DAS UBERGANGSPROGRAMM
- BEITRAGE ZUR GESCHICHTE DER INTERNATIONALEN LINKEN OPPOSITION UND DER VIERTEN INTERNATIONALEN (AUS DEN JAHREN 1938–1940)

128 S. DM 6,50

gung zu gewinnen. Die Frage ist bloß wie. Der Vorstand der Jusos und die Falken haben bereits des öfteren durchblicken lassen, daß sie bereit wären, an der Unterstützungsbewegung teilzunehmen, wenn diese erstens auf die Berufsverbote beschränkt bleiben würde und zweitens nicht offen von Kräften getragen würde, die sich auf den Kommunismus berufen. Die DKP - die selbst Komitees gegen die Berufsverbote initiiert hat - hat in ihrem Programm eine Bestimmung, die es ihren Mitglieder untersagt, mit Angehörigen der extremen Linken zusammenzuarbeiten. Und darüberhinaus macht sie eine Zusammenarbeit von einer uneingeschränkten postiven Haltung zum Grundgesetz (der bürgerlichen Verfassung) abhängig. Im Falle der DKP muß schließlich noch betont werden, daß sie Berufsverbote für 'Chaoten' nicht bekämpft und vor allem in den Gewerkschaften eine treibende Kraft für die Durchsetzung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen Angehörige der extremen Linken ist. Sie ist damit unmittelbar an der Durchführung repressiver Maßnahmen beteiligt.

"Geht man der Argumentation noch weiter nach,so wird man nicht an der Tatsache vorbeikönnen,daß die DKP grundsätzlich jede Solidarität mit vom Berufsverbot betroffenen 'Chaoten' (Mitgliedern der 'K-Gruppen') ablehnt und daß sie die Anerkennung des Grundgesetzes ('FdGO') zur Voraussetzung jeder Solidarität macht. Im Kern akzeptiert also die DKP die Berufsverbote und behauptet lediglich, daß diese auf ihre Mitglieder nicht angewendet werden dürften, da sie 'auf dem Boden des FdGO ständen'.
(...)
Vielmehr ist es so, daß die DKP die Gewerkschaftausschlüsse ausdrücklich befürwortet und unterstützt, und daß gerade DKP-Funktionäre sehr häufig selbst eine aktive Rolle bei der Denunzierung und schließlich beim Gewerkschaftsausschluß von 'K-Gruppen'-Mitgliedern spielen."
('Arbeiterkampf', 11o, Seite 12)

Dem 'Kommunistischen Bund' ist voll und ganz zuzustimmen, wenn er schreibt, daß nur der politische Kampf gegen diese Praxis der DKP zu einem Erfolg führen könne, d.h. zu versuchen, Einfluß auf die Basis dieser Partei zu gewinnen. Für breite Kräfte (Jusos, Falken, DKP) geht es letztlich um nichts anderes, als mit der Beschränkung auf die Berufsverbote die SPD reinzuwaschen (eine 'gesunde Demokratie', mit einigen Übergriffen), sowie durch die Verdrängung der extremen Linken den Hauptbetroffenen der Repression aus der Unterstützungsbewegung zu treiben. GIM und 'Sozialistisches Büro' führen keinen Kampf gegen diese Politik, sondern kastrieren sich freiwillig. Ihre Politik begünstigt die Sozialdemokratie und die DKP, denn diese Parteien stehen nun nicht einer geschlossenen Front gegenüber, sondern können ihre Spaltungsmanöver genau an jener Politik ansetzen, die kampflos nachgibt. So wird es vielleicht in Kürze ein 'breites Bündnis' geben (getragen von einem Personenkomitee'), welches 'Übergriffe' untersuchen wird, aber dessen Funktion in einer Verharmlosung der Rolle der SPD, der Gewerkschaftsführung bei der Repression bestehen wird. Die Hauptbetroffenen der Repression werden bestenfalls zu anonymen Materialsammlern und Zuschauern degradiert. Der grenzenlose Opportunismus der GIM und des 'Sozialistischen Büros' gegenüber der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung und der DKP wird gerade dann mehr als deutlich, wenn man weiß, daß sich oppositionelle Gewerkschaftsgruppen und hunderte ausgeschlossene Gewerkschaftsmitglieder ausdrücklich für die Behandlung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse eingesetzt haben. Aber was zählt die Stimme des Betroffenen für den Opportunisten, angesichts des Hochgefühls vielleicht bald mit der Juso-Führung in einem Komitee zu sitzen? Zum Kotzen ist dabei die Tatsache, daß sich einige dieser Typen noch auf den 'Trotzkismus' berufen!

Die Politik und die Mauschelein der Opportunisten haben mittlerweile auch schon ihre ersten 'Früchte' getragen. Das Berliner Unterstützungskomitee wurde von ihnen gespalten, wobei es natürlich kein Zufall ist, daß dies gerade jetzt (Schleyer-Entführung) passierte, denn im Komitee arbeiten, neben dem KB und dem Spartacusbund, auch Gruppen mit, die ihre Arbeit vor allem auf die Verteidigung der politischen Gefangenen konzentrieren. Daß solche Gruppen von den Rechten als 'RAF-Symphatisanten' bezeichnet werden, hat man ja auch schon hierzulande erlebt.

Am 2o. September erklärten 1o Gruppen mit zum Teil schon vorher vorbereiteten und abgesprochenen Erklärungen ihren Austritt aus dem Berliner Unterstützungskomitee. Dazu zitieren wir aus 'spartacus' 38:

"Es wäre vermessen zu behaupten, daß Westberliner UK hätte sich aus Personen und Organisationen zusammengesetzt, die sich einig sind und die einen gemeinsamen Konsens gefunden hätten, wie die politische Repression zu bekämpfen ist. Von Anfang an setzten sich das AK/FU, SB, ADS und die GIM dafür ein, die Benennung und Bearbeitung der politischen Repression auf den Bereich der Berufsverbote einzuschränken.

Das stieß logischerweise auf den Widerstand vieler anderer Gruppen und Individuen, die u.a. durch konkrete Erfahrungen in ihrem Bereich neben den Berufsverboten auch die Gewerkschaftsrepression ('Wehrt Euch', GEW-Berlin u.a.), die Frauenunterdrückung ('Courage', Weiberplenum, Frauenzentrum u.a.), die Haftbedingungen ('Durchblick', antifa-Gruppen u.a.) behandelt sehen wollten.

Für KB und Spartacusbund war es klar, daß sich die politische Repression in der BRD nicht mit den Berufsverboten abdecken läßt.

Die Begründung für diese drastische Einschränkung war für diese Fraktion folgende: "...halten wir nicht nur daran fest, daß es mit Liberalen und Sozialdemokraten trotz unterschiedlicher Einstellungen und auch ohne eine gemeinsame Kapitalismuskritik eine gemeinsame Verteidigung demokratischer Rechte geben kann. Wir stellen auch ausdrücklich fest, daß wir eine Zusammenarbeit mit der SPD, der DKP, und SEW, mit Liberalen und Christen mit der Initiative 'Weg mit den

Berufsverboten'anstreben. (Gemeinsame Erklärung vom 17.7.77)

So weit, so gut. Leider bezog sich die wohlgemeinte Verbreitung der Unterstützerbewegung lediglich auf diese oben angegebenen rechten Kreise. Diese stellten natürlich die Forderung, daß z.B. die Unvereinbarkeitsbeschlüsse aus dem Themenkatalog gestrichen werden sollten. Denn ein Verantwortlich-machen z.B. der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie liegt für sie natürlich nicht im Bereich ihrer politischen Möglichkeiten. Und die Unterzeichner der 'Gemeinsamen Erklärung' vom 17.Juli, zu denen die ADS/FU, AK/FU, AK/TU, HU, Juso-Hochschulgruppe/TU, SB und auch mal wieder die GIM gehören, sind sich nicht zu schade, alles zu tun, um die Forderungen und Bedingungen, der von ihnen angesprochenen Kreise zu erfüllen. Offensichtlich ist ihnen das quantitativ breitere Bündnis mit SPD und DKP wichtiger als der Inhalt der Unterstützungsbewegung.

So wehrten sie sich verzweifelt gegen die Einrichtung der AG Gewerkschaftsrepression, verweigerten ihre Zustimmung zur Bereitstellung von finanziellen Mitteln für eine vorzubereitende Veranstaltung der Frauen-AG, versuchten unhaltbare Aufnahmekriterien zu erstellen, um die Aufnahme der antifa-Gruppe ins UK zu verhindern. Sie lehnten es ab, "daß im Rahmen der Unterstützungskomitees diejenigen Probleme in den Vordergrund gerückt werden, über die es Differenzen gibt (z.B. die Unvereinbarkeitsbeschlüsse); es sollten vielmehr die Aspekte der politischen Repression in den Vordergrund gerückt werden, zu denen unter den Unterstützern gemeinsame Positionen erreicht werden können, bzw. schon bestehen". (Gemeinsame Erklärung). Einheit der Linken um jeden Preis! Aufgrund des Kräfteverhältnisses im UK-Berlin mußten sie jedoch empfindliche politische Niederlagen hinnehmen.

## DIE AKTUELLEN VORGÄNGE

Zu den Machenschaften des 'Aktionskomitees gegen Berufsverbote' der FU gehörte es auch, einen Brief (v. 3o.8.) an "Freunde, Kolleginnen und Kollegen" zu schreiben, in dem aufgefordertwird, sich am 19.9. zu treffen, um Klarheit darüber zu schaffen, ob die "Bertrand-Russell-Peace-Foundation sich als nützlicher Idiot der bundesrepublikanischen Linken darstellt". Wer hier mit wem unter einer Decke steckt zeigt der Satz, daß "uns die Zusage eines Vertreters des Vorläufigen Sekretariats vorliegt, zu dem Treffen zu erscheinen". Die Linken im UK haben diesen ominösen Brief natürlich nicht erhalten. Auch die GIM erklärt scheinheilig, sie wüßte nichts von einem solchen Schreiben, obwohl einer ihrer Vertreter im AK/FU sitzt. Die Spaltung war zu diesem Zeitpunkt schon ausgemachte Sache.

Am 15.9. eröffnete der GEW-Vertreter in der AG Gewerkschaftsrepression den anderen Teilnehmern, daß der Vorstand seiner Gewerkschaft am Vortage beschlossen habe, aus dem UK auszutreten. Man werde jedoch weiterhin Material sammeln und zusammenstellen und der Jury zuleiten. Begründung: Aufgrund der augenblicklichen Mehrheitsverhältnisse im UK sei eine konstruktive Zusammenarbeit nicht mehr möglich. Das UK würde sich jetzt mehrheitlich aus "RAF-Leuten und deren Sympathisanten" zusammensetzen und angesichts der Schleyer-Entführung könne es sich eine Gewerkschaft nicht leisten, mit solchen Leuten zusammenarbeiten. Letztendlich habe nicht unerheblich die "Erklärung des Spartacusbundes zum Fall Schleyer" zu dieser Entscheidung des Geschäftsführenden Ausschusses beigetragen. Nach seinen Informationen hätten auch HU, AK/FU, SB und das Komitee zur Verteidigung demokratischer Grundrechte sich ähnlich geäußert.

Am gleichen Abend wurde auch massiv die 'Gemeinsame Erklärung' vom 17. Juli (!) bei der Veranstaltung der Frauen-AG verteilt.

Am 2o.9., dem Plenumstermin des UK, gaben dann 14 Gruppen und Organisationen ihren Austritt aus dem Unterstützerkomitee bekannt. GEW Berlin, Sozialistisches Büro, Gruppe Internationale Marxisten, AG Berufsverbote der Gerichtsreferendare, Aktionskomitee gegen Berufsverbote der FU, Sozialistische Assistentenzelle, Komitee zur Verteidigung demokratischer Grundrechte, Humanistische Union, Koordinationsrat des Usta/FU, Aktionsgemeinschaft Demokraten und Sozialisten, Antirepressionsreferat der FU, Jungdemokraten, Sozialistisches Schülerkollektiv. Jede Organisation legte eine eigene Erklärung vor, jedoch allen gemeinsam war, daß ihnen die Bandbreite der beteiligten Organisationen (nachrechts) nicht ausreichte, und das ihnen das UK in seiner augenblicklichen



Zusammensetzung zu linkslastig war. Ihren absoluten politischen Bankrott als Organisation machte allerdings die GIM deutlich, wenn sie erklärt: "Wir sehen in den Austritten unsere Auffassung bestätigt, daß der Versuch, eigene politische Vorstellungen zum Inhalt der Unterstützerbewegung zu machen, zur Spaltung führen muß". (Aus:'Zum Scheitern der Politik im Westberliner Russell-UK')

Die Diskussion über die Austritte verlief chaotisch und unfruchtbar, eine Frechheit und Zumutung war es jedoch, daß die Organisationen, die eben ihre Austrittserklärung abgegeben hatten, sich anmaßten, über ein Weiterbestehen eines Unterstützerkomitees mit abzustimmen. So wurde das UK zwar per Abstimmung formal aufgelöst, eine weitere Zusammenarbeit der 'linkslastigen' GRuppen konnte nicht mehr diskutiert werden, doch werden wir uns in den noch weiter bestehenden Untergruppen dafür einsetzen, die Arbeit im Kampf gegen die politische Repression weiterzuführen. Es ist klar, daß die Argumente "sektiererische Politik" (GIM), "UK setzt sich aus RAF und deren Sympathisanten zusammen" (GEW,SAZ), "destruktive Diskussion" (ADS), "Unterwanderung demokratischer Gremien" (AK/FU), "Ausnutzen des vorläufigen Sekretariats" nur Vorwände für diese Organisationen sind, um endlich das für sie heiße Eisen, der politischen Auseinandersetzung und vor allem der Solidarisierung mit Linken fallen lassen zu können."

Abschließend sei noch auf die bemerkenswerte Tatsache hingewiesen, daß die GIM mit der DKP in gemeinsamen 'Komitees gegen die Berufsverbote' gesessen ist. Obwohl die GIM-Mitglieder mittlerweile schon ausgeschlossen wurden, wäre doch interessant zu wissen, auf welcher gemeinsamen Grundlage die GIM-Mitglieder mitgearbeitet haben. Wir haben schon weiter oben erwähnt, daß die DKP penetrant genau darauf besteht,daß alle, die mit ihr zusammenarbeiten wollen, positiv zum 'Grundgesetz' stehen müssen. Aber die GIM, die ja schon des öfteren 'taktisch geschmeidig' genug gewesen ist, wird wohl auch diese 'Hürde' genommen haben.

## ...UND IN ÖSTERREICH

Wir wollen im Wesentlichen nicht auf die langen Diskussionen und Auseinandersetzungen eingehen, die vor allem um den organisatorischen Aufbau des Komitees, um Persönlichkeitenkomitee ja oder nein usw. gingen. Man kann einleitend generell sagen, daß einige politische Kräfte das Komitee überhaupt negierten, so z.B. das Frauenzentrum, wo frau ja lieber darüber spricht, wie man das neue Zentrum 'heimelig' machen kann.

Im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen stand und steht (nicht nur im Zusammenhang mit dem Unterstützungskomitee) die 'Arbeitsgruppe Politische Gefangene', eine Gruppe von Genossinnen und Genossen, die - wie ähnliche Gruppen in der BRD - vor allem die Verteidigung der politischen Gefangenen in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellt. Wir kennen keine politischen eigenständigen Aussagen der 'Arbeitsgruppe Politische Gefangene' (APG), so daß eine inhaltliche Auseinandersetzung, obwohl diese äußerst wichtig wäre, nicht durchzuführen ist.

Hier wollen wir nur betonen, daß wir zwei Ebenen bei der Einschätzung dieser APG unterscheiden. Zum ersten, ihr äußerst unglückliches und abzulehnendes Vorgehen, welches im Unterstützungskomitee (aber auch in der LiLi) dazu führte, daß die APG Aussendungen und sogar Pressekonferenzen im Namen dieser Einrichtungen durchführte, ohne auch nur im geringsten von diesen autorisiert zu sein. Die APG zeigte stets sehr deutlich, daß sie nicht bereit war, um ihre Standpunkte politisch zu kämpfen, sondern diese einfach nach außen zu tragen, was natürlich ihr Recht ist, bloß nicht im Namen des Unterstützungskomitee. Die Auseinandersetzungen um diese Fragen standen lange Zeit im Mittelpunkt und verhinderten - neben anderen Faktoren, die nicht weniger wichtig waren - eine Diskussion wesentlicher Fragen. Schließlich gipfelte diese Entwicklung in einer Schlägerei während eines Plenums und in der Spaltung des Komitees. Die APG agiert nun als 'Österreichisches Unterstützungskomitee'. Das ausgesprochen unkluge Vorgehen der Genossen von der APG kam damit genau den stets vorhandenen Tendenzen in der FÖJ und der GRM entgegen, die ohnehin mehr auf die Errichtung eines Persönlichkeitenkomitees ausgerichtet waren (starrer Blick auf Nenning) und die entweder überhaupt nichts, oder sehr wenig zum Zustandekommen der Arbeitsgruppen beitrugen. Das Unterstützungskomitee sollte so wenig, wie immer möglich, als 'linke Einrichtung' aufscheinen, damit man doch noch einige 'Demokraten' gewinnen kann.

In der Ablehnung der APG durch breite Teile der Wiener Linken, kommt aber nicht zuletzt eine Verweigerung der Solidarität mit den politischen Gefangenen und den noch in Freiheit agierenden Kämpfern der Stadtguerilla, zum Ausdruck. Das falsche und abzulehnende Vorgehen der APG kam genau diesen rechten Kräften entgegen, die sich z. B. darüber mokierten, daß Waltraud Boock 'Genossin' genannt wurde (nebenbei bemerkt: nach dem Artikel im 'Kurier' vom 16.Oktober, aus dem hervorgeht, daß Genossin Boock, im Gefängnis für den Kommunismus agitiert, wird wohl auch die FÖJ es gestatten, Genossin Waltraud zu sagen).

Diesen Tendenzen innerhalb der Linken werden wir stets und kompromißlos entgegentreten. Notwendig ist es, zu versuchen, den Genossinnen und Genossen der APG klar zu machen, daß ihre Vorgehensweise falsch war und alles zu tun, um eine Zusammenarbeit mit ihnen wieder zu ermöglichen.
Soweit zur APG.

Wir haben schon weiter oben gesagt, daß es ausgesprochen scherzhaft ist, von einer Mitarbeit der GRM im Unterstützungskomitee zu sprechen. Was vorhanden ist, ist ein Artikel in der 'rotfront' vom September und das nur für die Sekretäre bestimmte Papier des GRM-Mitgliedes r.l.

Von dem im 'Rotfront'-Artikel erwähnten Papier der Wiener Leitung haben zumindest wir kein Exemplar erhalten.

In dem genannten Artikel vom September finden wir eine Wiederholung der schon von der GIM gebrachten Argumentation. Gipfelpunkt der Verständnislosigkeit der GRM ist allerdings folgender Absatz:
"Wenn ein solches Urteil (durch ein Russell-Tribunal nach dem Verständnis der GIM) ein entsprechendes Echo in der westdeutschen und internationalen Öffentlichkeit findet, so kann es eine Niederlage für die Schmidt-Regierung bedeuten, die es der Linken ermöglicht, aus ihrer Defensive und Isolation im Kampf gegen die Repression herauszukommen".

Nicht der eigenständige Kampf der Linken, ihre Fähigkeit Druck auszuüben, auch auf Kräfte innerhalb der SPD und der DKP soll diese Linke aus der Defensive herausbringen, sondern ein Tribunal getragen von 'Demokraten', bei dem die unmittelbar Betroffenen und die gegen sie geübte Repression nicht einmal vorkommen. Das ist sogar für die GRM einstarkes Stück.

Das Papier von r.l. wiederholt in weiten Passagen nur die Linie, wie sie die 'rotfront' in knapper Form bringt. Das wesentliche Argument gegen unseren Vorschlag (siehe Seite 1o dieser Ausgabe) besteht in der Aussage, daß wir die Mitarbeit an politische Übereinstimmung binden würden. Wir wollen nun keineswegs an Formulierungen kleben, aber worum es uns ging, war erstens festzuhalten, daß das Komitee einen mobilisierenden Charakter haben muß,der sich nicht auf die Repression in der BRD beschränkt. Zweitens, war und ist für uns wesentlich, daß die Arbeitsgruppen inhaltlich diskutieren und diese Diskussion auch nach außen tragen. Bei dem Konzept von r.l. haben die Arbeitsgruppen keinerlei Funktion und das ist auch kein Zufall. Ein 'Persönlichkeitenkomitee', Unterschriften, Proteste und ab und zu eine Veranstaltung mit Cobler und einem linken Sänger (Biermann wär'nett), daß ist genau die Vorstellung der GRM und von Teilen der FÖJ.
Eine wahre Perle der Argumentation liefert r.l. jedoch dann, wenn er versucht, zu 'beweisen', daß die Ablehnung der Behandlung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse durch die GIM überhaupt nichts mit Opportunismus zu tun hat. Das Tribunal - so r.l. - brauche einen "eindeutig definierten Angeklagten. Der muß die Schmidt-Regierung (!) sein und nicht irgendein Abstraktum, wie 'der Kapitalismus' etc..." Und da nun einmal die Unvereinbarkeitsbeschlüsse von der Gewerkschaftsführung (die steht aber doch wohl in irgendeinem Zusammenhang mit der sozialdemokratischen Regierungspartei) verabschiedet würden, handelt es sich um eine "innergewerkschaftliche Angelegenheit", die man nicht der Beurteilung von Liberalen überlassen könne, die "womöglich gar nicht Gewerkschaftsmitglieder sind...".
Wenn man die Unvereinbarkeitsbeschlüsse in die Arbeit aufnehmen würde, so r.l. weiter, würde man Gewerkschafter vom Unterstützungskomitee fernhalten. Hinter dem Konzept, die Arbeit auf die Bedürfnisse von Liberalen zurechtzustutzen, welches wir schon kritisiert haben, steht genau der Wille,die von der Repression in den Gewerkschaften Betroffenen auszuschließen, um dafür den einen oder anderen Bürokraten zu gewinnen.

Wir lehnen ein solches Vorgehen völlig ab, denn es geht uns nicht um 'taktische Rücksichten', sondern darum, alle Aspekte der Repression beim Namen zu nennen.

Die aktuelle Entwicklung zeigt,daß FöJ und GRM nicht nur keinerlei Bemühungen unternehmen, um Arbeitsgruppen auf die Beine zu stellen, sondern auch die geplante Veranstaltung (Ende September) ins Wasser fallen lassen wollen. Ihre Argumentation für eine Verschiebung dieser Veranstaltung mit Cobler und Heinz Brandt hat nur den einzigen stichhaltigen Punkt, nämlich, daß am 26. Oktober die Anti-AKW-Demo stattfindet und eine große Veranstaltung in der Vorbereitung eher untergehenwürde. Aber der zweite Punkt - die Schleyer-Entführung - ist völlig abzulehnen. Gerade jetzt heißt es alles zu unternehmen, um zu demonstrieren, daß man dem Druck nicht nachgibt.

Es ist klar, daß sich die Bedingungen für eine Weiterarbeit ständig verschlechtern. FÖJ und GRM werden nicht umhin können, ihre weiteren Vorstellungen einmal offen auf den Tisch zu legen!



**ERGEBNISSE & PERSPEKTIVEN**
**THEORETISCHES ORGAN DES SPARTACUSBUNDES**
Aus dem Inhalt: Nr. 3
Unsere Einschatzung der Sozialdemokratie und unsere Taktik ihr gegenuber – Thesen zur Volksfront und Arbeiterregierung – Berichte und Diskussionen von der internationalen Konferenz von Lutte Ouvriere (Frankreich). Dokumente von Lutte Ouvriere zum Wahlkampf 1974 – Thesen zur Arbeitslosigkeit – Trotzkismus in Ceylon

## AUFRUF ZUR BILDUNG DER ARBEITSGRUPPE 'REPRESSION IN BETRIEB UND GEWERKSCHAFT' IM RAHMEN DES ÖSTERREICHISCHEN UNTERSTÜTZUNGSKOMITEES DER RUSSELL-INITIATIVE

Die britische Russell-Foundation plant in den nächsten Monaten ein Tribunal über die Repression in der BRD durchzuführen. Aus diesem Anlaß haben sich in der BRD selbst und in anderen Ländern Organisationen und Einzelpersonen zu Unterstützungskomitees zusammengeschlossen, deren Aufgabe im Sammeln von Material, sowie in der Propagierung und Mobilisierung liegt, wenngleich es über die konkrete Art und Weise dieser Unterstützungsarbeit zu Differenzen zwischen den teilnehmenden Kräften kam.

Die Absicht der Russell-Foundation ist gerade in einer Zeit, wo das Ausmaß der politischen Repression in der BRD ständig zunimmt, ein Ansatzpunkt um aktive Solidarität mit den von dieser REpression Betroffenen zu leisten. Auch in Österreich haben Organisationen und Einzelpersonen ein Unterstützungskomitee gegründet, welches auf der organisatorischen Basis von Arbeitsgruppen zu den einzelnen Komplexen aufgebaut ist. Eine dieser Arbeitsgruppen - Repression in Betrieb und Gewerkschaft - wird von der im Unterstützungskomitee mitarbeitenden IKL initiiert.

Die hervorstechendsten Merkmale der politischen Repression in der BRD sind die Berufsverbote ('Radikalenerlaß') und die Maßnahmen im Zusammenhang mit der RAF, bzw. ähnlicher Gruppen. Doch den 'Radikalenerlaß' gibt es nicht allein im öffentlichen Dienst, sondern auch in den Gewerkschaften, wo jeder Linke, der gegen die Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung Stellung nimmt, mit dem Ausschluß aus der Gewerkschaft bedroht ist. Ein solcher Ausschluß geht meist einher mit einer Entlassung aus dem Betrieb, was fast gleichbedeutend mit Arbeitslosigkeit ist.

Zu den Aufgaben der Arbeitsgruppe wird es gehören, die Grundlagen dieser Politik zu analysieren, Fälle aufzuzeigen, Material zu sammeln usw. Wenngleich es in Österreich solch einen 'Radikalenerlaß' in den Gewerkschaften nicht gibt, so gab und gibt es doch Fälle von Repression in Betrieben. Zu den Aufgaben der Arbeitsgruppe gehört es auch, solche Fälle aufzuzeigen und zu dokumentieren, mit den Betroffenen selbst Kontakt aufzunehmen, die Diskussion über solche Fälle in die Gewerkschaftsjugend zu tragen usw. Die Arbeitsgruppe wird regelmäßig ein Bulletin herausgeben, in dem neben Dokumentationen und Berichten, auch die in der Gruppe stattfindende Diskussion ihren Niederschlag finden wird und kontroverse Standpunkte veröffentlicht werden. Die Arbeitsgruppe wird wohl von der IKL initiiert, stellt aber keinen IKL-Arbeitskreis dar,wenngleich einige Mitglieder dieser Organisation ständig mitarbeiten werden. Jede Entscheidung der Gruppe wird durch Abstimmung aller regelmäßigen Mitarbeiter herbeigeführt, wobei die einfache Mehrheit entscheidend ist. Solche Entscheidungen betreffen natürlich nicht politische Einschätzungen, d.h. die Arbeitsgruppe kann von keiner politischen Strömung, bzw. Organisation hegemonisiert werden. Jede Entscheidung kann daher nur den Standpunkt der Gruppe innerhalb des gesamten Unterstützungs-Komitees ausdrücken. Zu diesem Zweck wird die Gruppe einen Delegierten wählen, der sie auf dem Plenum des Unterstützungs-Komitees vertritt.

Die konkreten Grundlagen, die Vorgangsweise, die Plattform der Gruppe soll von allen Teilnehmern erarbeitet werden. Die IKL verpflichtet sich, den Druck des Bulletins zu besorgen und dieses im Rahmen ihrer Möglichkeiten öffentlich zu vertreiben.

DIE ARBEITSGRUPPE 'REPRESSION IN BETRIEB UND GEWERKSCHAFT' TRIFFT SICH DAS NÄCHSTE MAL AM 26.1o.77 IM CAFE MONOPOL, FLORIANIGASSE 2 8. BEZIRK, UM 15 UHR

# Politische Literatur

'Spartacus'-Flugschriften:

Nr. 1 - Solschenyzin, Büttel der Reaktion ...S 4.--

Nr. 4 - Kritik an Programm und Praxis des KBW........................S 22.5o

Nr. 8 - Die portugiesische Revolution in Gefahr.........................S 15.-

Nr. 9 - Unser Kampf im RASP/Ein Soldat der SUV berichtet............ S 25.-

Nr. 11- Unser Kampfprogramm gegen die Krise..........................S 7.5o

Ungarn 1956 - Sozialismus oder Stalinismus? Erschienen zum 3o. Jahrestag der Ungarischen Revolution.......................S 3o.--

Felix Morrow, Revolution und Konterrevolution in Spanien.........S 75.-

IM JÄNNER 1978 ERSCHEINT:

Peng Shu-tse: Die chinesische Revolution

Bestellungen an: IKL, Postfach 1454,1o1o Wien.

# POLITISCHE UND ORGANISATORISCHE GRUNDLAGEN DER ARBEIT DES ÖSTERREICHISCHEN UNTERSTÜTZUNGSKOMITEES DES RUSSELL-TRIBUNALS

(Vorschlag der IKL)

1. Ein Komitee, welches sich zur Aufgabe stellt, den Aufruf zur Untersuchung der staatlichen Repression in der BRD praktisch zu unterstützen und welches darüberhinaus auch die politische Repression in Österreich untersuchen - und auch Schritte gegen diese Repression setzen, bzw. einleiten will, kann nur dann seinen Zweck erfüllen, wenn es als permanente Aktionseinheit aufgebaut ist, die auf einer bestimmten Minimalgrundlage möglichst viele Organisationen und Einzelpersonen einbezieht, ohne daß die politischen Ansichten und Standpunkte einer teilnehmenden Organisation, bzw. Einzelperson als Grundlage der Teilnahme gilt.

2. Grundlegende Voraussetzung für die aktive Teilnahme an der Arbeit eines derartigen Komitees, ist der Wille aktive Solidarität mit den von der politischen Repression in der BRD (und in Österreich) betroffenen zu üben und darüberhinaus, die gesamtgesellschaftlichen Zusammenhänge und ihre Auswirkungen auf die verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche zu analysieren und aufzuzeigen. Allein das Faktum der engen politischen und wirtschaftlichen Verflechtung Österreichs mit der BRD, zeigt die Notwendigkeit auf, diese Arbeit nicht allein auf die moralische Unterstützung der deutschen Russell-Initiative zu beschränken, sondern auch die politische Repression in Österreich selbst in die Arbeit aufzunehmen.

3. Die Arbeit des Komitees kann aber - wenn es seine Funktion tatsächlich erfüllen will - nicht bei einer Analyse der Repression stehenbleiben. Die Analyse, das Aufzeigen der Zusammenhänge der einzelnen repressiven staatlichen (bzw. vordergründig "nichtstaatlichen") Maßnahmen (sowie deren gesellschaftlichen Grundlagen) muß zum Ausgangspunkt einer Mobilisierungwerden, die auch politische Kräfte mit einschließt, die nicht unmittelbar an der Arbeit des Komitees teilnehmen. Das öffentliche Auftreten des Komitees nimmt damit einen hohen Stellenwert in der Arbeit der Initiative ein. Dieses Auftreten erfolgt erstens durch die regelmäßigeHerausgabe eines Informationsbulletins und zweitens, durch Veranstaltungen, Kundgebungen usw., sowie der Setzung von Initiativen für die Durchführung von Demonstrationen.

4. Jede Organisation, Partei oder Einzelperson, die die in Punkt 2. und 3. genannten grundsätzlichen Aufgaben und Ziele des Komitees anerkennt, kann aktiv an der Arbeit desselben teilnehmen. D.h. die Teilnahme am Komitee ist damit nicht ausdrücklich auf politische Strömungen der Arbeiterbewegung beschränkt, sondern kann auch Personen und Organisationen (z.B. Katholische Arbeiterjugend) mit einschließen, die sich nicht auf die Arbeiterklasse berufen. Diese Personen und Organisationen haben das uneingeschränkte Recht, ihre Positionen und Ansichten (die die inhaltlichen Punkte des Komitees betreffen) mündlich und schriftlich zu vertreten, was aber natürlich auch für alle anderen Personen und Organisationen gilt, die den Willen zur aktiven Teilnahme bekunden und die in Punkt 2. und 3. genannte Minimalgrundlage anerkennen. Daraus folgt, daß die politischen Positionen teilnehmender Organisationen (Parteien) zu bestimmten politischen Erscheinungen nicht zur Grundlage des Komitees gehören. Erst die Analyse und Diskussion kann zeigen, ob solche Positionen vom Komitee (bzw. von Teilen des Komitees) anerkannt werden, denn klarerweise kann und wird man keinem Teilnehmer untersagen, seine politischen Ansichten zu den im Mittelpunkt stehenden Fragen schriftlich und mündlich zu vertreten. Differenzen in der Beurteilung bestimmter gesellschaftlicher Erscheinungen (z.B. die Einschätzung der Funktion der Sozialdemokratie bei der Durchführung der staatlichen Repression) können auch nicht zur Grundlage eines Ausschlusses von der aktiven Mitarbeit gemacht werden.

5. Die Arbeit des Komitees wird nicht auf bestimmte Aspekte der Repression beschränkt, sondern umfaßt alle gesellschaftlichen Ebenen (politische Gefangene, Gewerkschaften, Berufsverbote, Medien, staatliche Aufrüstung, sexuelle Unterdrückung, Unterdrückung der Frau usw.). Zu den einzelnen Schwerpunkten werden Arbeitsgruppen gebildet, die mindestens 2-wöchentlich tagen und Teil- und Gesamtergebnisse (bzw. den Diskussionsstand) schriftlich verfassen. Die Arbeit dieser Gruppen darf nicht durch 'Rücksicht' auf die eventuellen 'Bedenken' einzelner Teilnehmer eingeschränkt werden. Wenn es in den Gruppen zu Differenzen bei der Einschätzung bestimmter politischer Erscheinungen und Entwicklungen kommt, entscheiden die <u>aktiven</u> Teilnehmer dieser Gruppe, durch eine Abstimmung, wobei die einfache Mehrheit entscheidet. Jeder Teilnehmer hat nur eine Stimme, unabhängig davon, ob er vielleicht einer Organisation angehört, die hunderte oder mehr Mitglieder hat. Bevor es zu einer solchen Abstimmung kommt, muß allerdings jeder Teilnehmer der Gruppe Gelegenheit haben, seine Ansichten darzulegen. Der in der Minderheit gebliebene Standpunkt muß aber - wenn es der (die) Vertreter dieses Standpunktes wünschen - ebenso wie die Position der Mehrheit in das Informationsbulletin aufgenommen werden. Jedes Papier kann gekennzeichnet werden.

6. Da es sich bei diesem Komitee um eine Form der Aktionseinheit handelt, muß die Diskussion im Inneren, anders als bei einer Organisation (Partei), wo in der Regel nur der Mehrheitsstandpunkt nach Außen vertreten wird, auch ihren Ausfluß auf das öffentliche Auftreten haben. Die Tatsache von Differenzen in der Beurteilung von verschiedenen politischen Aspekten, wird sich erstens im Informationsbulletin niederschlagen und zweitens auch auf den Veranstaltungen zum Ausdruck kommen, ohne dabei die entscheidende Gemeinsamkeit der Solidarität zu verdrängen, bzw. unkenntlich zu machen. Die Aufgabe des Komitees

besteht nicht darin, auf einer diffusen moralischen Ebene 'Solidarität' zu üben, wo Meinungsverschiedenheiten als 'störend' empfunden werden, sondern, im Gegenteil darin, durch sachliche Diskussion, Klarheit über die Ursachen und Zusammenhänge der gesellschaftlichen Repression, nicht nur bei den aktiven Teilnehmern des Komitees zu schaffen. Doch ohne Diskussion wird es diese Klarheit nie geben!

7. Mindestens 2-monatlich tagt ein Plenum des Komitees, an dem alle aktiven Mitglieder der Arbeitsgruppen teilnahmeberechtigt sind. Ausnahmen (bezüglich des Rechtes auf Teilnahme) werden - wenn beantragt - vom Plenum mit einfacher Mehrheit beschlossen. Das Plenum hat keinen Einfluß (d.h. keinen bindenden Einfluß) auf die Arbeit und die Ergebnisse der einzelnen Arbeitsgruppen.
Das Plenum hat folgende Funktion:

a) Es wählt aus den Reihen der aktiven Teilnehmer zwei Sekretäre, die keinerlei politische Leitungsfunktion ausüben, sondern einzig technische Aufgaben (Kontakte, Koordination, Briefverkehr usw.) erfüllen. Diese Sekretäre haben auf jedem Plenum einen Rechenschaftsbericht über ihre Tätigkeit abzugeben. Sie sind erstens mit einfacher Mehrheit abwählbar (wenn sie ihren Aufgaben nicht nachkommen, oder aus anderen Gründen) und zweitens, sollte diese Funktion - wenn möglich - in bestimmten Abständen, auf andere Teilnehmer des Komitees übergehen.
b) Die einzelnen Arbeitsgruppen berichten auf dem Plenum über den Stand ihrer Arbeit, die Diskussion in der Gruppe usw. Diese Berichte können (sollen) zwar diskutiert werden, jedoch kann das Plenum keinen bindenden Einfluß auf die einzelnen Arbeitsgruppen ausüben.
c) Die Teilnehmer des Komitees diskutieren auf dem Plenum über die Möglichkeiten von bestimmten Initiativen und Aktionen, ziehen die Erfahrungen der geleisteten Arbeit, planen die inhaltliche und technische Herausgabe des Informationsbulletins usw.

8. Um die notwendigen Aktivitäten des Komitees durchführen zu können, ist eine minimale finanzielle Grundlage notwendig. Diese kann einerseits durch regelmäßig durchgeführte Spendenkampagnen erreicht werden, andererseits wird es aber auch notwendig sein, daß jeder Teilnehmer des Komitees monatlich einen bestimmten Beitrag bezahlt (ca. S 5o.-). Die Finanzen werden von den Sekretären verwaltet, die über die Verwendung der Geldmittel dem Plenum Rechenschaft leisten.

Wien, im August 1977

Nachtrag:

In einer kurzen (vorläufigen) Diskussion mit einem Vertreter der Basis-Gruppen, trat dieser gegen unseren Vorschlag ein, wonach jedes aktive Mitglied des Komitees eine Stimme bei Abstimmungen auf dem Plenum haben sollte. Der Vertreter der Basis-Gruppen trat stattdessendafür ein,daß jede Arbeitsgruppe und jede am Komitee teilnehmende Organisation einen Delegierten bestimmt, der am Plenum abstimmungsberechtigt ist. An sich haben wir nichts gegen diesen Vorschlag einzuwenden. Richtig ist, daß das Komitee dadurch leichter in der Lage wäre, zu reagieren und schneller - wenn notwendig - nach außen auftreten könnte.

Die Frage, die sich uns in diesem Zusammenhang allerdings stellt, ist die, worüber die Delegierten abstimmen sollten und ob es sich dabei um ein gebundenes Mandat handelt. Die Form der Aktionseinheit, die das Komitee darstellen kann,

**Felix Morrow**



# Revolution & Konterrevolution in Spanien

*ISBN 388187 - 020 - 2* *260 Seiten DM 10,–*

**In diesem Buch, das erstmals in deutscher Übersetzung erscheint, liefert der Autor, Felix Morrow (bis Ende der 40er Jahre Mitglied der amerikanischen Socialist Workers Party) eine marxistische Analyse der Ereignisse vor und während des spanischen Bürgerkrieges.**

**Revolution und Konterrevolution in Spanien, ein marxistisches „Geschichtsbuch", geschrieben in der Zeit des Bürgerkrieges in Spanien, stellt anschaulich die Ursachen für das Scheitern der spanischen Revolution dar.
Der Kern des Buches liegt in einer umfassenden marxistischen Kritik der Volksfronttaktik in Spanien.**



Bestellungen an:

**verlag ergebnisse & perspektiven**

*Altenessener Str. 337 43 Essen 12 Telefon 0201 34 75 22 Postscheckkonto Essen 37731 437*

Bestellungen an:

IKL, 1o1o Wien, Postfach 1454

ist natürlich problematisch. Die Probleme liegen weniger auf der Ebene der Arbeitsgruppen, sondern auf der des Plenums und des Außenauftretens des gesamten Komitees. Klar ist - und darüber dürfte es auch keine Meinungsverschiedenheiten geben - daß das Plenum keinen bindenden Einfluß auf die Ergebnisse der einzelnen Arbeitsgruppen (das gilt sowohl für die Mehrheit, als auch für die Minderheit einer solchen Arbeitsgruppe) nehmen kann. Doch nun zum Plenum: Man muß sich zuerst darüber im Klaren sein, daß kein Organisationsmodell eine absolute Gewähr bietet, um die - eventuell vorhandenen - Hegemonisierungsansprüche einer Organisation (Partei), bzw. einer politischen Strömung zu verhindern. Ein Beispiel: Eine Organisation, die voll in die Anti-Repressionsarbeit einsteigt und ca. 100 Mitglieder hat, kann jeden Arbeitskreis mehrheitlich beschicken. Sie wird dann sowohl die Mehrheit am Plenum haben (wenn jedes aktive Mitglied eine Stimme hat), als auch die Mehrheit der Delegierten.

Daraus folgt, daß das gesamte Außenauftreten des Komitees nur auf der Basis der Minimalgrundlage erfolgen kann, da ansonsten das Prinzip der Aktionseinheit außer Kraft gesetzt würde. Ausnahmen davon bestehen nur in tatsächlich einstimmig abgestimmten Punkten.

Die Gefahren liegen auf der Hand und wir glauben, daß einfach nur die gemeinsame Arbeit und Praxis zeigen kann, ob diese Gefahren konkrete, praktische Gestalt annehmen. Wir haben nichts gegen ein Delegiertensystem, aber wogegen wir etwas haben, wollen wir mit einem Beispiel verdeutlichen.

Wenn es zu Veranstaltungen des Komitees kommt, treten wir dafür ein, daß neben Cobler vom 'Sozialistischen Büro' (an dessen Beitrag wir natürlich Interesse haben), auch Vertreter des 'Kommunistischen Bund' zu Wort kommen (dessen Standpunkten zu diesem Problem - das können und wollen wir nicht verschweigen - wir nahe stehen). Wenn nun eine Mehrheit von Delegierten (das kann natürlich auch bei einer Mehrheit von stimmberechtigten Teilnehmern der Fall sein) den Standpunkt des 'Sozialistischen Büro' vertritt, könnte der Fall eintreten, daß das Außenauftreten des Komitees bald der politischen Linie dieser Organisation entspricht. Klarerweise - darüber sollte man sich keine Illusionen machen - würde dadurch das Komitee selbst in Frage gestellt werden.

Die Probleme liegen also - so glauben wir - weniger auf der Ebene des Organisationsmodells, sondern vielmehr bei der Bereitschaft aller Teilnehmer gewisse Richtlinien der Aktionseinheit zu respektieren. Das aber kann allein die Praxis zeigen.

IKL

'PERMANENTE REVOLUTION' IST DAS ZENTRALORGAN DER INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN LIGA UND ERSCHEINT MONATLICH.

EINZELPREIS: S 3.-, DM 0.40
ABONNEMENTS: 12 AUSGABEN S 40.-
DM 6.-

BESTELLUNGEN UND KONTAKTADRESSE:
IKL, POSTFACH 1454, 1010 WIEN

IMPRESSUM: EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER, DRUCK UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: KARL REITTER, KLIMSCHGASSE 18/6, 1030 WIEN.

**Politische Literatur**

SCHRIFTEN VON LEO TROTZKI:

Übergangsprogramm/Schriften zum Programm ............................S 48.--

Frau, Familie und Revolution.........S 22.5o

Ihre Moral und unsere ...............S 22.5o

Wohin geht Frankreich................S 3o.--

Verratene Revolution.................S 6o.--

1917 - Lehren der Revolution.........S 22.5o

Im Jänner 1978 erscheint:

Leo Trotzki, Schriften zum imperialistischen Krieg

'Ergebnisse und Perspektiven', Theoretisches Organ des Spartacusbundes

Nr. 1 - Dokumente der Fusionskonferenz ...S 22.5o

Nr. 2 - Einschätzung der SPD, GIM, Chile, SAG ...................S 37.5o

Nr. 3 - Thesen zur Arbeitslosigkeit, Lutte Ouvriere, Ceylon.............S 37.5o

'spartacus' - Zentralorgan des Spartacusbundes - Soeben erschienen: Nr. 38, die eine ausführliche Analyse und Kritik des 'Historischen Kompromisses' enthält!